

Der Präsident

HDE e.V. | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Frau
Annalena Baerbock, MdB
Bundesvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Handelsverband
Deutschland (HDE) e.V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

hde@einzelhandel.de
www.einzelhandel.de

Kontakt

Josef Sanktjohanser
T +49 2742 9306910
F +49 2742 93064911
josef.sanktjohanser@rewe-group.com

Offener Brief:
Handel braucht Toleranz und internationale Kooperation

07.09.2018

Sehr geehrte Frau Baerbock,

nicht nur in Chemnitz, sondern vielerorts in Deutschland erleben wir derzeit ein hysterisches Klima der Angst. Die Folge sind Ausgrenzung und wachsende Verunsicherung. Dieser Entwicklung müssen wir – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gemeinsam entschieden entgegenreten.

Gerade der Handel hat ein großes Interesse an stabilen Verhältnissen und einer offenen Gesellschaft. Alle, die das Bild eines toleranten Deutschlands stören, gefährden erheblich unser Zusammenleben und auch den Wirtschaftsstandort. Es ist längst eine Binsenweisheit, dass wir hierzulande vor einem massiven Fachkräftemangel stehen, teilweise sind wir schon mittendrin. Auch der Handel bekommt nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzt – das wird in der Zukunft Folgen haben. Deshalb sollten wir alle dafür sorgen, dass Menschen aus anderen Ländern gerne zu uns kommen, um diese Lücken zu füllen und damit den Wohlstand unseres Landes für die Zukunft zu sichern.

Dass das funktionieren kann, zeigt der Einzelhandel, der zahlreiche Geflüchtete in Ausbildung gebracht hat. Solange jedoch die Unternehmen und die Auszubildenden nicht sicher sein können, dass sie die Ausbildung auch zu Ende bringen können, ist niemandem geholfen. Die 3+2-Regelung muss daher endlich bundesweit einheitlich angewendet werden. Auszubildende müssen ihre Ausbildung beenden und nach erfolgreichem Abschluss zwei weitere Jahre in ihrem Beruf arbeiten dürfen, ohne dass sie eine Abschiebung befürchten müssen. Die aktuelle Rechtsunsicherheit ist ein fatales Signal.

Ein weiterer Baustein gegen den Fachkräftemangel und für eine international eng vernetzte Wirtschaft muss ein kohärentes Zuwanderungsgesetz sein. Es muss für alle Seiten transparent und nach objektiven Kriterien erkennbar sein, wer in unserem Land welche Bleibeperspektive hat. Dies dient am Ende nicht nur dem sozialen Frieden, sondern auch unserem wirtschaftlichen Wohlstand. Das geplante Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss daher zügig auf den Weg

gebracht werden. Die Unternehmen können nicht länger auf das große Potenzial internationaler Arbeitskräfte verzichten.

Die Verunsicherung unter Einheimischen und Schutzsuchenden nutzen rechte Kreise. Sie erzeugen den Eindruck, dass hierzulande Ausgrenzung und Intoleranz an der Tagesordnung sind. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht weiter zulassen – weder die Wirtschaft noch die Politik. Zu groß ist der drohende Schaden – sowohl für unser demokratisches System als auch für das Gemeinwohl.

Was im Inland gilt, gilt genauso für die internationalen Beziehungen. Der Handel verbindet seit jeher Menschen über alle Grenzen hinweg. Er braucht Freiheit und den unkomplizierten, internationalen Austausch, um sich entfalten zu können. Es ist daher schlichtweg gegen unser Interesse, wenn jetzt über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum diskutiert wird. Das bedeutet den Verlust von Freizügigkeit, unkalkulierbare Wartezeiten an den Grenzen und eine empfindliche Störung des europäischen Binnenmarktes. Der Handel ist mit seinen internationalen Lieferketten auf möglichst reibungslosen und planbaren Warenaustausch angewiesen. Die Einführung von Grenzkontrollen mit langen Rückstaus und hohen Kosten ist deshalb für die Handelsunternehmen ein ernsthaftes Risiko.

Die derzeit ausgetragenen Handelskonflikte mit einem Zollwettlauf zwischen den großen Wirtschaftsmächten treffen den Handel und die Weltgemeinschaft ins Mark. Die Globalisierung hat die Lieferketten verletzlich gemacht. Die Politik auf allen Seiten muss sorg- und bedachtsam mit den Handelsbeziehungen umgehen. Denn diese schaffen gegenseitigen Nutzen und machen kriegerische Auseinandersetzungen kostspieliger und damit unwahrscheinlicher. Von Handelsabkommen und Kooperationen profitieren alle. Aber alle Seiten verlieren, wenn auf Grund nationaler Egoismen der scheinbar schnell zu erringende und populistische Erfolg durch Abschottung gesucht wird.

In diesen Zeiten ist die Politik gefordert, umso mehr Weitblick und Verantwortung zu zeigen – es geht um unser aller Zukunft. Wir brauchen mehr Kooperation und mehr Öffnung und nicht mehr Konfrontation auf allen Seiten. Hierbei können Sie sich der Unterstützung des deutschen Handels gewiss sein!

Mit freundlichen Grüßen



Josef Sanktjohanser

Der Präsident

HDE e.V. | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Herrn
Dr. Robert Habeck
Bundesvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Handelsverband
Deutschland (HDE) e.V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

hde@einzelhandel.de
www.einzelhandel.de

Kontakt

Josef Sanktjohanser
T +49 2742 9306910
F +49 2742 93064911
josef.sanktjohanser@rewe-group.com

Offener Brief:
Handel braucht Toleranz und internationale Kooperation

07.09.2018

Sehr geehrter Herr Dr. Habeck,

nicht nur in Chemnitz, sondern vielerorts in Deutschland erleben wir derzeit ein hysterisches Klima der Angst. Die Folge sind Ausgrenzung und wachsende Verunsicherung. Dieser Entwicklung müssen wir – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gemeinsam entschieden entgegenreten.

Gerade der Handel hat ein großes Interesse an stabilen Verhältnissen und einer offenen Gesellschaft. Alle, die das Bild eines toleranten Deutschlands stören, gefährden erheblich unser Zusammenleben und auch den Wirtschaftsstandort. Es ist längst eine Binsenweisheit, dass wir hierzulande vor einem massiven Fachkräftemangel stehen, teilweise sind wir schon mittendrin. Auch der Handel bekommt nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzt – das wird in der Zukunft Folgen haben. Deshalb sollten wir alle dafür sorgen, dass Menschen aus anderen Ländern gerne zu uns kommen, um diese Lücken zu füllen und damit den Wohlstand unseres Landes für die Zukunft zu sichern.

Dass das funktionieren kann, zeigt der Einzelhandel, der zahlreiche Geflüchtete in Ausbildung gebracht hat. Solange jedoch die Unternehmen und die Auszubildenden nicht sicher sein können, dass sie die Ausbildung auch zu Ende bringen können, ist niemandem geholfen. Die 3+2-Regelung muss daher endlich bundesweit einheitlich angewendet werden. Auszubildende müssen ihre Ausbildung beenden und nach erfolgreichem Abschluss zwei weitere Jahre in ihrem Beruf arbeiten dürfen, ohne dass sie eine Abschiebung befürchten müssen. Die aktuelle Rechtsunsicherheit ist ein fatales Signal.

Ein weiterer Baustein gegen den Fachkräftemangel und für eine international eng vernetzte Wirtschaft muss ein kohärentes Zuwanderungsgesetz sein. Es muss für alle Seiten transparent und nach objektiven Kriterien erkennbar sein, wer in unserem Land welche Bleibeperspektive hat. Dies dient am Ende nicht nur dem sozialen Frieden, sondern auch unserem wirtschaftlichen Wohlstand. Das geplante Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss daher zügig auf den Weg

gebracht werden. Die Unternehmen können nicht länger auf das große Potenzial internationaler Arbeitskräfte verzichten.

Die Verunsicherung unter Einheimischen und Schutzsuchenden nutzen rechte Kreise. Sie erzeugen den Eindruck, dass hierzulande Ausgrenzung und Intoleranz an der Tagesordnung sind. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht weiter zulassen – weder die Wirtschaft noch die Politik. Zu groß ist der drohende Schaden – sowohl für unser demokratisches System als auch für das Gemeinwohl.

Was im Inland gilt, gilt genauso für die internationalen Beziehungen. Der Handel verbindet seit jeher Menschen über alle Grenzen hinweg. Er braucht Freiheit und den unkomplizierten, internationalen Austausch, um sich entfalten zu können. Es ist daher schlichtweg gegen unser Interesse, wenn jetzt über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum diskutiert wird. Das bedeutet den Verlust von Freizügigkeit, unkalkulierbare Wartezeiten an den Grenzen und eine empfindliche Störung des europäischen Binnenmarktes. Der Handel ist mit seinen internationalen Lieferketten auf möglichst reibungslosen und planbaren Warenaustausch angewiesen. Die Einführung von Grenzkontrollen mit langen Rückstaus und hohen Kosten ist deshalb für die Handelsunternehmen ein ernsthaftes Risiko.

Die derzeit ausgetragenen Handelskonflikte mit einem Zollwettlauf zwischen den großen Wirtschaftsmächten treffen den Handel und die Weltgemeinschaft ins Mark. Die Globalisierung hat die Lieferketten verletzlich gemacht. Die Politik auf allen Seiten muss sorg- und bedachtsam mit den Handelsbeziehungen umgehen. Denn diese schaffen gegenseitigen Nutzen und machen kriegerische Auseinandersetzungen kostspieliger und damit unwahrscheinlicher. Von Handelsabkommen und Kooperationen profitieren alle. Aber alle Seiten verlieren, wenn auf Grund nationaler Egoismen der scheinbar schnell zu erringende und populistische Erfolg durch Abschottung gesucht wird.

In diesen Zeiten ist die Politik gefordert, umso mehr Weitblick und Verantwortung zu zeigen – es geht um unser aller Zukunft. Wir brauchen mehr Kooperation und mehr Öffnung und nicht mehr Konfrontation auf allen Seiten. Hierbei können Sie sich der Unterstützung des deutschen Handels gewiss sein!

Mit freundlichen Grüßen



Josef Sanktjohanser

Der Präsident

HDE e.V. | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Frau
Dr. Angela Merkel, MdB
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
und Vorsitzende der CDU Deutschlands
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Handelsverband
Deutschland (HDE) e.V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

hde@einzelhandel.de
www.einzelhandel.de

Kontakt

Josef Sanktjohanser
T +49 2742 9306910
F +49 2742 93064911
josef.sanktjohanser@rewe-group.com

Offener Brief:
Handel braucht Toleranz und internationale Kooperation

07.09.2018

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

nicht nur in Chemnitz, sondern vielerorts in Deutschland erleben wir derzeit ein hysterisches Klima der Angst. Die Folge sind Ausgrenzung und wachsende Verunsicherung. Dieser Entwicklung müssen wir – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gemeinsam entschieden entgegenreten.

Gerade der Handel hat ein großes Interesse an stabilen Verhältnissen und einer offenen Gesellschaft. Alle, die das Bild eines toleranten Deutschlands stören, gefährden erheblich unser Zusammenleben und auch den Wirtschaftsstandort. Es ist längst eine Binsenweisheit, dass wir hierzulande vor einem massiven Fachkräftemangel stehen, teilweise sind wir schon mittendrin. Auch der Handel bekommt nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzt – das wird in der Zukunft Folgen haben. Deshalb sollten wir alle dafür sorgen, dass Menschen aus anderen Ländern gerne zu uns kommen, um diese Lücken zu füllen und damit den Wohlstand unseres Landes für die Zukunft zu sichern.

Dass das funktionieren kann, zeigt der Einzelhandel, der zahlreiche Geflüchtete in Ausbildung gebracht hat. Solange jedoch die Unternehmen und die Auszubildenden nicht sicher sein können, dass sie die Ausbildung auch zu Ende bringen können, ist niemandem geholfen. Die 3+2-Regelung muss daher endlich bundesweit einheitlich angewendet werden. Auszubildende müssen ihre Ausbildung beenden und nach erfolgreichem Abschluss zwei weitere Jahre in ihrem Beruf arbeiten dürfen, ohne dass sie eine Abschiebung befürchten müssen. Die aktuelle Rechtsunsicherheit ist ein fatales Signal.

Ein weiterer Baustein gegen den Fachkräftemangel und für eine international eng vernetzte Wirtschaft muss ein kohärentes Zuwanderungsgesetz sein. Es muss für alle Seiten transparent und nach objektiven Kriterien erkennbar sein, wer in unserem Land welche Bleibeperspektive hat. Dies dient am Ende nicht nur dem sozialen Frieden, sondern auch unserem wirtschaftlichen Wohlstand. Das geplante Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss daher zügig auf den Weg

gebracht werden. Die Unternehmen können nicht länger auf das große Potenzial internationaler Arbeitskräfte verzichten.

Die Verunsicherung unter Einheimischen und Schutzsuchenden nutzen rechte Kreise. Sie erzeugen den Eindruck, dass hierzulande Ausgrenzung und Intoleranz an der Tagesordnung sind. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht weiter zulassen – weder die Wirtschaft noch die Politik. Zu groß ist der drohende Schaden – sowohl für unser demokratisches System als auch für das Gemeinwohl.

Was im Inland gilt, gilt genauso für die internationalen Beziehungen. Der Handel verbindet seit jeher Menschen über alle Grenzen hinweg. Er braucht Freiheit und den unkomplizierten, internationalen Austausch, um sich entfalten zu können. Es ist daher schlichtweg gegen unser Interesse, wenn jetzt über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum diskutiert wird. Das bedeutet den Verlust von Freizügigkeit, unkalkulierbare Wartezeiten an den Grenzen und eine empfindliche Störung des europäischen Binnenmarktes. Der Handel ist mit seinen internationalen Lieferketten auf möglichst reibungslosen und planbaren Warenaustausch angewiesen. Die Einführung von Grenzkontrollen mit langen Rückstaus und hohen Kosten ist deshalb für die Handelsunternehmen ein ernsthaftes Risiko.

Die derzeit ausgetragenen Handelskonflikte mit einem Zollwettlauf zwischen den großen Wirtschaftsmächten treffen den Handel und die Weltgemeinschaft ins Mark. Die Globalisierung hat die Lieferketten verletzlich gemacht. Die Politik auf allen Seiten muss sorg- und bedachtsam mit den Handelsbeziehungen umgehen. Denn diese schaffen gegenseitigen Nutzen und machen kriegerische Auseinandersetzungen kostspieliger und damit unwahrscheinlicher. Von Handelsabkommen und Kooperationen profitieren alle. Aber alle Seiten verlieren, wenn auf Grund nationaler Egoismen der scheinbar schnell zu erringende und populistische Erfolg durch Abschottung gesucht wird.

In diesen Zeiten ist die Politik gefordert, umso mehr Weitblick und Verantwortung zu zeigen – es geht um unser aller Zukunft. Wir brauchen mehr Kooperation und mehr Öffnung und nicht mehr Konfrontation auf allen Seiten. Hierbei können Sie sich der Unterstützung des deutschen Handels gewiss sein!

Mit freundlichen Grüßen



Josef Sanktjohanser

Der Präsident

HDE e.V. | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Herrn
Horst Seehofer
Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
und Vorsitzenden der CSU
Christlich-Soziale Union in Bayern
Mies-van-der-Rohe-Straße 1
80807 München

Handelsverband
Deutschland (HDE) e.V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

hde@einzelhandel.de
www.einzelhandel.de

Kontakt

Josef Sanktjohanser
T +49 2742 9306910
F +49 2742 93064911
josef.sanktjohanser@rewe-group.com

Offener Brief:
Handel braucht Toleranz und internationale Kooperation

07.09.2018

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

nicht nur in Chemnitz, sondern vielerorts in Deutschland erleben wir derzeit ein hysterisches Klima der Angst. Die Folge sind Ausgrenzung und wachsende Verunsicherung. Dieser Entwicklung müssen wir – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gemeinsam entschieden entgegenreten.

Gerade der Handel hat ein großes Interesse an stabilen Verhältnissen und einer offenen Gesellschaft. Alle, die das Bild eines toleranten Deutschlands stören, gefährden erheblich unser Zusammenleben und auch den Wirtschaftsstandort. Es ist längst eine Binsenweisheit, dass wir hierzulande vor einem massiven Fachkräftemangel stehen, teilweise sind wir schon mittendrin. Auch der Handel bekommt nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzt – das wird in der Zukunft Folgen haben. Deshalb sollten wir alle dafür sorgen, dass Menschen aus anderen Ländern gerne zu uns kommen, um diese Lücken zu füllen und damit den Wohlstand unseres Landes für die Zukunft zu sichern.

Dass das funktionieren kann, zeigt der Einzelhandel, der zahlreiche Geflüchtete in Ausbildung gebracht hat. Solange jedoch die Unternehmen und die Auszubildenden nicht sicher sein können, dass sie die Ausbildung auch zu Ende bringen können, ist niemandem geholfen. Die 3+2-Regelung muss daher endlich bundesweit einheitlich angewendet werden. Auszubildende müssen ihre Ausbildung beenden und nach erfolgreichem Abschluss zwei weitere Jahre in ihrem Beruf arbeiten dürfen, ohne dass sie eine Abschiebung befürchten müssen. Die aktuelle Rechtsunsicherheit ist ein fatales Signal.

Ein weiterer Baustein gegen den Fachkräftemangel und für eine international eng vernetzte Wirtschaft muss ein kohärentes Zuwanderungsgesetz sein. Es muss für alle Seiten transparent und nach objektiven Kriterien erkennbar sein, wer in unserem Land welche Bleibeperspektive hat. Dies dient am Ende nicht nur dem sozialen Frieden, sondern auch unserem wirtschaftlichen Wohlstand. Das geplante Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss daher zügig auf den Weg

gebracht werden. Die Unternehmen können nicht länger auf das große Potenzial internationaler Arbeitskräfte verzichten.

Die Verunsicherung unter Einheimischen und Schutzsuchenden nutzen rechte Kreise. Sie erzeugen den Eindruck, dass hierzulande Ausgrenzung und Intoleranz an der Tagesordnung sind. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht weiter zulassen – weder die Wirtschaft noch die Politik. Zu groß ist der drohende Schaden – sowohl für unser demokratisches System als auch für das Gemeinwohl.

Was im Inland gilt, gilt genauso für die internationalen Beziehungen. Der Handel verbindet seit jeher Menschen über alle Grenzen hinweg. Er braucht Freiheit und den unkomplizierten, internationalen Austausch, um sich entfalten zu können. Es ist daher schlichtweg gegen unser Interesse, wenn jetzt über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum diskutiert wird. Das bedeutet den Verlust von Freizügigkeit, unkalkulierbare Wartezeiten an den Grenzen und eine empfindliche Störung des europäischen Binnenmarktes. Der Handel ist mit seinen internationalen Lieferketten auf möglichst reibungslosen und planbaren Warenaustausch angewiesen. Die Einführung von Grenzkontrollen mit langen Rückstaus und hohen Kosten ist deshalb für die Handelsunternehmen ein ernsthaftes Risiko.

Die derzeit ausgetragenen Handelskonflikte mit einem Zollwettlauf zwischen den großen Wirtschaftsmächten treffen den Handel und die Weltgemeinschaft ins Mark. Die Globalisierung hat die Lieferketten verletzlich gemacht. Die Politik auf allen Seiten muss sorg- und bedachtsam mit den Handelsbeziehungen umgehen. Denn diese schaffen gegenseitigen Nutzen und machen kriegerische Auseinandersetzungen kostspieliger und damit unwahrscheinlicher. Von Handelsabkommen und Kooperationen profitieren alle. Aber alle Seiten verlieren, wenn auf Grund nationaler Egoismen der scheinbar schnell zu erringende und populistische Erfolg durch Abschottung gesucht wird.

In diesen Zeiten ist die Politik gefordert, umso mehr Weitblick und Verantwortung zu zeigen – es geht um unser aller Zukunft. Wir brauchen mehr Kooperation und mehr Öffnung und nicht mehr Konfrontation auf allen Seiten. Hierbei können Sie sich der Unterstützung des deutschen Handels gewiss sein!

Mit freundlichen Grüßen



Josef Sanktjohanser

Der Präsident

HDE e.V. | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Frau
Katja Kipping, MdB
Vorsitzende
DIE LINKE.
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Handelsverband
Deutschland (HDE) e.V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

hde@einzelhandel.de
www.einzelhandel.de

Kontakt

Josef Sanktjohanser
T +49 2742 9306910
F +49 2742 93064911
josef.sanktjohanser@rewe-group.com

Offener Brief:
Handel braucht Toleranz und internationale Kooperation

07.09.2018

Sehr geehrte Frau Kipping,

nicht nur in Chemnitz, sondern vielerorts in Deutschland erleben wir derzeit ein hysterisches Klima der Angst. Die Folge sind Ausgrenzung und wachsende Verunsicherung. Dieser Entwicklung müssen wir – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gemeinsam entschieden entgegenreten.

Gerade der Handel hat ein großes Interesse an stabilen Verhältnissen und einer offenen Gesellschaft. Alle, die das Bild eines toleranten Deutschlands stören, gefährden erheblich unser Zusammenleben und auch den Wirtschaftsstandort. Es ist längst eine Binsenweisheit, dass wir hierzulande vor einem massiven Fachkräftemangel stehen, teilweise sind wir schon mittendrin. Auch der Handel bekommt nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzt – das wird in der Zukunft Folgen haben. Deshalb sollten wir alle dafür sorgen, dass Menschen aus anderen Ländern gerne zu uns kommen, um diese Lücken zu füllen und damit den Wohlstand unseres Landes für die Zukunft zu sichern.

Dass das funktionieren kann, zeigt der Einzelhandel, der zahlreiche Geflüchtete in Ausbildung gebracht hat. Solange jedoch die Unternehmen und die Auszubildenden nicht sicher sein können, dass sie die Ausbildung auch zu Ende bringen können, ist niemandem geholfen. Die 3+2-Regelung muss daher endlich bundesweit einheitlich angewendet werden. Auszubildende müssen ihre Ausbildung beenden und nach erfolgreichem Abschluss zwei weitere Jahre in ihrem Beruf arbeiten dürfen, ohne dass sie eine Abschiebung befürchten müssen. Die aktuelle Rechtsunsicherheit ist ein fatales Signal.

Ein weiterer Baustein gegen den Fachkräftemangel und für eine international eng vernetzte Wirtschaft muss ein kohärentes Zuwanderungsgesetz sein. Es muss für alle Seiten transparent und nach objektiven Kriterien erkennbar sein, wer in unserem Land welche Bleibeperspektive hat. Dies dient am Ende nicht nur dem sozialen Frieden, sondern auch unserem wirtschaftlichen Wohlstand. Das geplante Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss daher zügig auf den Weg

gebracht werden. Die Unternehmen können nicht länger auf das große Potenzial internationaler Arbeitskräfte verzichten.

Die Verunsicherung unter Einheimischen und Schutzsuchenden nutzen rechte Kreise. Sie erzeugen den Eindruck, dass hierzulande Ausgrenzung und Intoleranz an der Tagesordnung sind. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht weiter zulassen – weder die Wirtschaft noch die Politik. Zu groß ist der drohende Schaden – sowohl für unser demokratisches System als auch für das Gemeinwohl.

Was im Inland gilt, gilt genauso für die internationalen Beziehungen. Der Handel verbindet seit jeher Menschen über alle Grenzen hinweg. Er braucht Freiheit und den unkomplizierten, internationalen Austausch, um sich entfalten zu können. Es ist daher schlichtweg gegen unser Interesse, wenn jetzt über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum diskutiert wird. Das bedeutet den Verlust von Freizügigkeit, unkalkulierbare Wartezeiten an den Grenzen und eine empfindliche Störung des europäischen Binnenmarktes. Der Handel ist mit seinen internationalen Lieferketten auf möglichst reibungslosen und planbaren Warenaustausch angewiesen. Die Einführung von Grenzkontrollen mit langen Rückstaus und hohen Kosten ist deshalb für die Handelsunternehmen ein ernsthaftes Risiko.

Die derzeit ausgetragenen Handelskonflikte mit einem Zollwettlauf zwischen den großen Wirtschaftsmächten treffen den Handel und die Weltgemeinschaft ins Mark. Die Globalisierung hat die Lieferketten verletzlich gemacht. Die Politik auf allen Seiten muss sorg- und bedachtsam mit den Handelsbeziehungen umgehen. Denn diese schaffen gegenseitigen Nutzen und machen kriegerische Auseinandersetzungen kostspieliger und damit unwahrscheinlicher. Von Handelsabkommen und Kooperationen profitieren alle. Aber alle Seiten verlieren, wenn auf Grund nationaler Egoismen der scheinbar schnell zu erringende und populistische Erfolg durch Abschottung gesucht wird.

In diesen Zeiten ist die Politik gefordert, umso mehr Weitblick und Verantwortung zu zeigen – es geht um unser aller Zukunft. Wir brauchen mehr Kooperation und mehr Öffnung und nicht mehr Konfrontation auf allen Seiten. Hierbei können Sie sich der Unterstützung des deutschen Handels gewiss sein!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'Josef Sanktjohanser'. The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Josef Sanktjohanser

Der Präsident

HDE e.V. | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Herrn
Christian Lindner, MdB
Bundesvorsitzender der FDP
FDP-Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Handelsverband
Deutschland (HDE) e.V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

hde@einzelhandel.de
www.einzelhandel.de

Kontakt

Josef Sanktjohanser
T +49 2742 9306910
F +49 2742 93064911
josef.sanktjohanser@rewe-group.com

Offener Brief:
Handel braucht Toleranz und internationale Kooperation

07.09.2018

Sehr geehrter Herr Lindner,

nicht nur in Chemnitz, sondern vielerorts in Deutschland erleben wir derzeit ein hysterisches Klima der Angst. Die Folge sind Ausgrenzung und wachsende Verunsicherung. Dieser Entwicklung müssen wir – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gemeinsam entschieden entgegenreten.

Gerade der Handel hat ein großes Interesse an stabilen Verhältnissen und einer offenen Gesellschaft. Alle, die das Bild eines toleranten Deutschlands stören, gefährden erheblich unser Zusammenleben und auch den Wirtschaftsstandort. Es ist längst eine Binsenweisheit, dass wir hierzulande vor einem massiven Fachkräftemangel stehen, teilweise sind wir schon mittendrin. Auch der Handel bekommt nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzt – das wird in der Zukunft Folgen haben. Deshalb sollten wir alle dafür sorgen, dass Menschen aus anderen Ländern gerne zu uns kommen, um diese Lücken zu füllen und damit den Wohlstand unseres Landes für die Zukunft zu sichern.

Dass das funktionieren kann, zeigt der Einzelhandel, der zahlreiche Geflüchtete in Ausbildung gebracht hat. Solange jedoch die Unternehmen und die Auszubildenden nicht sicher sein können, dass sie die Ausbildung auch zu Ende bringen können, ist niemandem geholfen. Die 3+2-Regelung muss daher endlich bundesweit einheitlich angewendet werden. Auszubildende müssen ihre Ausbildung beenden und nach erfolgreichem Abschluss zwei weitere Jahre in ihrem Beruf arbeiten dürfen, ohne dass sie eine Abschiebung befürchten müssen. Die aktuelle Rechtsunsicherheit ist ein fatales Signal.

Ein weiterer Baustein gegen den Fachkräftemangel und für eine international eng vernetzte Wirtschaft muss ein kohärentes Zuwanderungsgesetz sein. Es muss für alle Seiten transparent und nach objektiven Kriterien erkennbar sein, wer in unserem Land welche Bleibeperspektive hat. Dies dient am Ende nicht nur dem sozialen Frieden, sondern auch unserem wirtschaftlichen Wohlstand. Das geplante Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss daher zügig auf den Weg

gebracht werden. Die Unternehmen können nicht länger auf das große Potenzial internationaler Arbeitskräfte verzichten.

Die Verunsicherung unter Einheimischen und Schutzsuchenden nutzen rechte Kreise. Sie erzeugen den Eindruck, dass hierzulande Ausgrenzung und Intoleranz an der Tagesordnung sind. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht weiter zulassen – weder die Wirtschaft noch die Politik. Zu groß ist der drohende Schaden – sowohl für unser demokratisches System als auch für das Gemeinwohl.

Was im Inland gilt, gilt genauso für die internationalen Beziehungen. Der Handel verbindet seit jeher Menschen über alle Grenzen hinweg. Er braucht Freiheit und den unkomplizierten, internationalen Austausch, um sich entfalten zu können. Es ist daher schlichtweg gegen unser Interesse, wenn jetzt über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum diskutiert wird. Das bedeutet den Verlust von Freizügigkeit, unkalkulierbare Wartezeiten an den Grenzen und eine empfindliche Störung des europäischen Binnenmarktes. Der Handel ist mit seinen internationalen Lieferketten auf möglichst reibungslosen und planbaren Warenaustausch angewiesen. Die Einführung von Grenzkontrollen mit langen Rückstaus und hohen Kosten ist deshalb für die Handelsunternehmen ein ernsthaftes Risiko.

Die derzeit ausgetragenen Handelskonflikte mit einem Zollwettlauf zwischen den großen Wirtschaftsmächten treffen den Handel und die Weltgemeinschaft ins Mark. Die Globalisierung hat die Lieferketten verletzlich gemacht. Die Politik auf allen Seiten muss sorg- und bedachtsam mit den Handelsbeziehungen umgehen. Denn diese schaffen gegenseitigen Nutzen und machen kriegerische Auseinandersetzungen kostspieliger und damit unwahrscheinlicher. Von Handelsabkommen und Kooperationen profitieren alle. Aber alle Seiten verlieren, wenn auf Grund nationaler Egoismen der scheinbar schnell zu erringende und populistische Erfolg durch Abschottung gesucht wird.

In diesen Zeiten ist die Politik gefordert, umso mehr Weitblick und Verantwortung zu zeigen – es geht um unser aller Zukunft. Wir brauchen mehr Kooperation und mehr Öffnung und nicht mehr Konfrontation auf allen Seiten. Hierbei können Sie sich der Unterstützung des deutschen Handels gewiss sein!

Mit freundlichen Grüßen



Josef Sanktjohanser

Der Präsident

HDE e.V. | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Frau
Andrea Nahles, MdB
Vorsitzende der SPD
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Handelsverband
Deutschland (HDE) e.V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

hde@einzelhandel.de
www.einzelhandel.de

Kontakt

Josef Sanktjohanser
T +49 2742 9306910
F +49 2742 93064911
josef.sanktjohanser@rewe-group.com

Offener Brief:
Handel braucht Toleranz und internationale Kooperation

07.09.2018

Sehr geehrte Frau Nahles,

nicht nur in Chemnitz, sondern vielerorts in Deutschland erleben wir derzeit ein hysterisches Klima der Angst. Die Folge sind Ausgrenzung und wachsende Verunsicherung. Dieser Entwicklung müssen wir – Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gemeinsam entschieden entgegenreten.

Gerade der Handel hat ein großes Interesse an stabilen Verhältnissen und einer offenen Gesellschaft. Alle, die das Bild eines toleranten Deutschlands stören, gefährden erheblich unser Zusammenleben und auch den Wirtschaftsstandort. Es ist längst eine Binsenweisheit, dass wir hierzulande vor einem massiven Fachkräftemangel stehen, teilweise sind wir schon mittendrin. Auch der Handel bekommt nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzt – das wird in der Zukunft Folgen haben. Deshalb sollten wir alle dafür sorgen, dass Menschen aus anderen Ländern gerne zu uns kommen, um diese Lücken zu füllen und damit den Wohlstand unseres Landes für die Zukunft zu sichern.

Dass das funktionieren kann, zeigt der Einzelhandel, der zahlreiche Geflüchtete in Ausbildung gebracht hat. Solange jedoch die Unternehmen und die Auszubildenden nicht sicher sein können, dass sie die Ausbildung auch zu Ende bringen können, ist niemandem geholfen. Die 3+2-Regelung muss daher endlich bundesweit einheitlich angewendet werden. Auszubildende müssen ihre Ausbildung beenden und nach erfolgreichem Abschluss zwei weitere Jahre in ihrem Beruf arbeiten dürfen, ohne dass sie eine Abschiebung befürchten müssen. Die aktuelle Rechtsunsicherheit ist ein fatales Signal.

Ein weiterer Baustein gegen den Fachkräftemangel und für eine international eng vernetzte Wirtschaft muss ein kohärentes Zuwanderungsgesetz sein. Es muss für alle Seiten transparent und nach objektiven Kriterien erkennbar sein, wer in unserem Land welche Bleibeperspektive hat. Dies dient am Ende nicht nur dem sozialen Frieden, sondern auch unserem wirtschaftlichen Wohlstand. Das geplante Fachkräfteeinwanderungsgesetz muss daher zügig auf den Weg

gebracht werden. Die Unternehmen können nicht länger auf das große Potenzial internationaler Arbeitskräfte verzichten.

Die Verunsicherung unter Einheimischen und Schutzsuchenden nutzen rechte Kreise. Sie erzeugen den Eindruck, dass hierzulande Ausgrenzung und Intoleranz an der Tagesordnung sind. Das dürfen wir als Gesellschaft nicht weiter zulassen – weder die Wirtschaft noch die Politik. Zu groß ist der drohende Schaden – sowohl für unser demokratisches System als auch für das Gemeinwohl.

Was im Inland gilt, gilt genauso für die internationalen Beziehungen. Der Handel verbindet seit jeher Menschen über alle Grenzen hinweg. Er braucht Freiheit und den unkomplizierten, internationalen Austausch, um sich entfalten zu können. Es ist daher schlichtweg gegen unser Interesse, wenn jetzt über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum diskutiert wird. Das bedeutet den Verlust von Freizügigkeit, unkalkulierbare Wartezeiten an den Grenzen und eine empfindliche Störung des europäischen Binnenmarktes. Der Handel ist mit seinen internationalen Lieferketten auf möglichst reibungslosen und planbaren Warenaustausch angewiesen. Die Einführung von Grenzkontrollen mit langen Rückstaus und hohen Kosten ist deshalb für die Handelsunternehmen ein ernsthaftes Risiko.

Die derzeit ausgetragenen Handelskonflikte mit einem Zollwettlauf zwischen den großen Wirtschaftsmächten treffen den Handel und die Weltgemeinschaft ins Mark. Die Globalisierung hat die Lieferketten verletzlich gemacht. Die Politik auf allen Seiten muss sorg- und bedachtsam mit den Handelsbeziehungen umgehen. Denn diese schaffen gegenseitigen Nutzen und machen kriegerische Auseinandersetzungen kostspieliger und damit unwahrscheinlicher. Von Handelsabkommen und Kooperationen profitieren alle. Aber alle Seiten verlieren, wenn auf Grund nationaler Egoismen der scheinbar schnell zu erringende und populistische Erfolg durch Abschottung gesucht wird.

In diesen Zeiten ist die Politik gefordert, umso mehr Weitblick und Verantwortung zu zeigen – es geht um unser aller Zukunft. Wir brauchen mehr Kooperation und mehr Öffnung und nicht mehr Konfrontation auf allen Seiten. Hierbei können Sie sich der Unterstützung des deutschen Handels gewiss sein!

Mit freundlichen Grüßen



Josef Sanktjohanser